



# Zivile Krisenprävention Umwelt und Ressourcen

## Newsletter

ISSN 1614-5518

Ausgabe Oktober 2006

### FORUM

---

- 'Umwelt' Flüchtlinge?

### POLITIK & FORSCHUNG

---

- Alarmierend: Ein Atlas des Klimawandels
- Britische Außenministerin: Berliner Grundsatzrede zu Klimasicherheit
- 'Navigating Peace'- Reihe startet mit Wasser, Konflikt und Kooperation
- Zunehmende Konflikte und Proteste in Lateinamerika
- Gravierende Folgen illegalen Holzeinschlags: Zeit für einen Dialog

### KONFERENZBERICHTE

---

- Frieden braucht Unternehmen
- Wassernutzung an großen Flussgebieten: Lösungen für Mensch und Natur
- Wie sicher ist die Zukunft? Gefahren selektiver Klimapolitik

### VERANSTALTUNGSHINWEISE

---

- "Ringvorlesung zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten" in Berlin (Oktober - Februar)
- "Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland " in Bonn (3.-5. November)
- "Die Rohstoffe Afrikas: Konflikt- und Entwicklungspotentiale" in Bonn (6. November)
- "Transnationale Gerechtigkeit im Zeitalter der Ressourcenkonflikte" in Loccum (17.-19. November)

### FOKUS

---

- Peacebuilding & Development Institute

### IMPRESSUM/KONTAKT

---

- Impressum
  - Kontakt
- 
- 
-

## FORUM

### 'Umwelt' Flüchtlinge?

von *Kate Romer, World Vision Australien*

Mehr als dreißig Jahren haben die Bewohner der sechs kleinen Carteret Inseln gegen das Meer gekämpft, um zu verhindern, dass das Salzwasser ihre Kokosnusspalmen zerstört und die Wellen ihre Häuser wegspülen. Im November 2005 war der Kampf vorbei. Die Regierung in Papua Neuguinea beschloss, die gesamte Bevölkerung nach Bougainville umzusiedeln, einer 62 Meilen entfernten Insel. Aller Erwartung nach werden die Inseln im Jahr 2015 dauerhaft überflutet sein.

Daher sollte Australien unter den Ersten sein, die das enorme Potential der durch den Klimawandel bedingten, großflächigen Migration und sozialen Verwerfungen erkennen. Vor allem die asiatische Pazifikregion wird beispiellose Migrationsbewegungen erleben, die durch einen steigenden Meeresspiegel und die Zerstörung tief liegender Inseln durch erhöhte Wirbelsturmaktivitäten verursacht werden. Von den 50 Millionen Menschen die erwartungsgemäß bis 2010 aufgrund von Umweltfaktoren ihre Heimat verlassen müssen - so das Institute for Environment and Human Security der UN Universität - befindet sich ein großer Anteil in der unmittelbaren Nachbarschaft Australiens. Zu den Inselstaaten die unbewohnbar werden könnten gehören Tuvalu, Kiribati, Fiji und Tonga. Die Vertreibung ihrer Bevölkerung vorausahnend, haben diese Regierungen bereits ein Migrations-Abkommen mit Neuseeland ausgehandelt, um Vertriebenen die Umsiedlung in eine sicherere Umgebung zu ermöglichen.

Laut dem *World Disasters Report 2001* des Internationalen Roten Kreuz sind mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat aufgrund von Umweltkatastrophen zu verlassen, als aufgrund von Kriegen. Zivilgesellschaftliche Gruppen in Australien haben sich internationalen Lobbygruppen angeschlossen, damit die internationale Staatengemeinschaft die Gruppe von Menschen wahrnimmt, die zunehmend als "Umweltflüchtlinge" bezeichnet werden. Wie Friends of the Earth Australien und Climate Justice verdeutlichen, trägt z.B. Australien eine überproportionale Verantwortung daran, dass Menschen flüchten müssen. Das Land stellt etwa 0.03 Prozent der Erdbevölkerung, verursacht aber 1.2 Prozent der weltweiten Treibhausgasemission. Vor diesem Hintergrund hat das Land die Verpflichtung, diese Menschen als eine eigenständige Kategorie von Flüchtlingen anzuerkennen.

Keine internationale oder nationale Rechtsprechung erkennt ausdrücklich 'environmentally displaced persons' an oder bietet eine entsprechende Definition. Zudem existiert keine internationale Institution mit dem Mandat, diesen Menschen Schutz zu bieten. Die "Guiding Principles on Internal Displacement" beziehen sich auf diejenigen Personen, die aufgrund natürlicher oder durch Menschen verursachte Katastrophen flüchten. Die Prinzipien 10-27 weisen detailliert den Schutz aus, der während der Vertreibung geboten werden sollte. Dies gilt jedoch nur für Menschen, die keine internationale Grenze überschritten haben. Um diese Lücke zu schließen, versuchen Interessengruppen den Begriff "Flüchtling" zu erweitern. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dies der beste Weg ist, den durch Umweltzerstörung Vertriebenen Schutz zu bieten.

Ein erster zentraler Kritikpunkt gegenüber dieser Argumentation ist die rechtliche Unzulässigkeit des Begriffs "Umwelt/Klimaflüchtling". Ein "Flüchtling" wird in der Genfer Flüchtlingskonvention definiert als jemand mit "begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung" und der sich "außerhalb seines Herkunftslandes befindet". Diese Definition beinhaltet gegenwärtig nicht solche Menschen, die aufgrund von Umweltfaktoren abwandern oder fliehen. Die Verwendung des Begriffs ohne jegliche rechtliche Erweiterung der Definition kann dazu führen, dass sich Gruppen und Individuen dem Ruf der Unwissenheit aussetzen und bewirkt keine rechtlich solide Grundlage für ihr Anliegen. Eine ungenaue Terminologie ermöglicht Regierungen, die Fürsprecher der Vertriebenen zu ignorieren, was letztlich zu Lasten der Anliegen der Umweltvertriebenen selbst geht.

Es besteht außerdem die Gefahr, dass die Bezeichnung "Klimaflüchtling" die Gültigkeit und Anwendbarkeit des Begriffs für diejenigen Gruppen untergräbt, die sich gegenwärtig auf den Schutz dieser rechtlichen Definition von Flüchtlingen unter der Flüchtlingskonvention von 1951 berufen. Politiker und Öffentlichkeit könnten "wirtschaftliche" oder "ökologische" Flüchtlinge bezichtigen, sich auf unrechtmäßige Weise Vorteile von Schutzmechanismen für Flüchtlinge zu verschaffen. In Australien wie auch andernorts dient dieses Argument bereits als Rechtfertigung für eine zunehmend enge Auslegung der Definition von "Flüchtlingen". Folge ist, dass internationalen Standards weniger Beachtung geschenkt wird. Anstatt Regierungen zu ermutigen, eine erweiterte Gruppe von schutzbedürftigen Personen anzuerkennen, könnte folglich der unzutreffende Gebrauch des Begriffs im Gegenteil dazu führen, die Chancen für alle Flüchtlinge auf Anerkennung und Schutz zu verringern. Dabei wird der Schutzbedarf der ökologisch Vertriebenen in der Asien-Pazifik-Region durchaus anerkannt, so dass angesichts der genannten rechtlichen und politischen Hindernisse folgenden Punkte als Einstieg dienen können, um eine wirksameres Eintreten für den Schutz von "environmentally displaced persons" zu erreichen:

- Entwicklung einer eindeutigen Definition einer 'environmentally displaced person' (EDP) als Basis für Anwaltschaft sowie die Formulierung von Politiken.
- Einwirken auf Regierungen, die Notlage der EPDs anzuerkennen, sowie die Unterstützung der Entwicklung von Migrations-Abkommen, um potentiellen Vertriebenen beizustehen. Das Abkommen Neuseelands mit den Pazifikstaaten kann hier als ein Beispiel dienen.
- Einwirken auf Regierungen, die Richtlinien für Interne Vertreibung zu unterzeichnen und zu befolgen, sowie ihre Anwendbarkeit auf das Schutzbedürfnis von durch Klimawandel Vertriebenen innerhalb der Landesgrenzen anzuerkennen.

*Kate Romer ist Senior Country Programme Coordinator bei World Vision Australien. Die dargestellten Sichtweisen sind die der Autorin und geben nicht die Position von World Vision Australien wieder. Weitere Informationen erhalten Sie bei Kate Romer (Email: [kate.romer@worldvision.com.au](mailto:kate.romer@worldvision.com.au)).*

*Der Beitrag wurde zuerst in der Zeitschrift "Forced Migration Review", Issue 25, veröffentlicht ([www.fmreview.org](http://www.fmreview.org)). Wir danken den Herausgebern für die Erlaubnis, ihn in Krium dokumentieren zu dürfen.*

*Institute for Environment and Human Security der UN University's:*  
<http://www.ehs.unu.edu/index.php?page=12> *October - UN Disaster Day*

*Siehe auch "A Citizens's Guide to Climate Refugees" von Friends of the Earth und Climate Justice:* [www.safecom.org.au/FOE\\_climate\\_citizens-guide.pdf](http://www.safecom.org.au/FOE_climate_citizens-guide.pdf)

▲Top

## **POLITIK & FORSCHUNG**

### **Alarmierend: Ein Atlas des Klimawandels**

Stellen Sie sich vor, Sie wollen das Wissen über den globalen Klimawandel in Form der Sachstandsberichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) mit den Erkenntnissen des United Nations Development Programme (UNDP) oder der World Bank über Stand und Perspektiven menschlicher und globaler Entwicklung vereinen. Gleichzeitig wollen Sie aber auch nicht auf die Expertise des World Resources Institute, der International Energy Agency (IEA), der Food and Agriculture Organisation (FAO) oder der World Health Organisation (WHO) verzichten, um globale Trends heute, morgen und übermorgen in ihrer Ganzheit erfassen zu können – und zwar nicht nur global, sondern für einzelne Länder ausdifferenziert und anhand von Beispielen konkretisiert. Etwa: in welchen Ländern zukünftig bedeutende Einbußen bei der Getreideproduktion zu erwarten sind und in welchem Maße diese Länder bereits heute eine Mangelernährung aufweisen.

Das Ergebnis muss kein Wälzer von mehreren tausend Seiten sein - auch hundert Seiten reichen aus, wie der jetzt veröffentlichte "Atlas of Climate Change" zeigt. Den Autoren Kirstin Dow und Thomas E. Downing gelingt es mit über 50 Karten und Grafiken, eine Fülle an Informationen zu einem Gesamtbild zusammenzuführen, das auf alarmierende Weise die globale Konfliktlandschaft extremer Wetterereignisse, Zerstörung von Lebensräumen, globaler Ungleichheit und ungleich verteilten Anpassungschancen illustriert. In Zeiten, in denen an die Vereinten Nationen der Appell herangetragen wird, einen Sonderbeauftragten für Regionen zu benennen, die aufgrund von Umweltveränderungen zu verschwinden drohen, sollte der Atlas zur Pflichtlektüre der Verhandlungsdelegationen gehören, die Anfang November in Nairobi über die Zukunft internationaler Klimapolitik beraten. (*Dennis Tänzler*).

Weitere Informationen finden Sie bei Earthscan Publications unter <http://www.earthscan.co.uk/news/pdf/PressReleaseAtlasofCC.pdf> oder direkt bei Gudrun Freese [gudrun.freese@earthscan.co.uk](mailto:gudrun.freese@earthscan.co.uk).

Die UN Presseerklärung "Rapporteur proposed on states disappearing for environmental reasons", finden Sie unter

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=19630&Cr=rights&Cr1=council>

▲Top

## **Britische Außenministerin: Berliner Grundsatzrede zu Klimasicherheit**

Die britische Außenministerin Margaret Beckett hat am 24. Oktober in der Britischen Botschaft Berlin eine Grundsatzrede zur Klimasicherheit gehalten, die wir im Folgenden in Auszügen dokumentieren.

"[...] Die grundlegende wissenschaftliche Erkenntnis, dass sich das Klima verändert, wird nicht mehr bestritten. Doch in den letzten Wochen und Monaten haben wir erfahren, dass Ausmaß und Dringlichkeit der Herausforderung, vor der wir stehen, noch schlimmer sind als befürchtet. Im vergangenen Monat haben sowohl das Institut "British Antarctic Survey" und das "National Snow and Ice Data Center" in den USA berichtet, dass die Polarkappen schneller schmelzen, als die Glaziologen es für möglich gehalten hatten. Und Wissenschaftler der NASA haben davor gewarnt, dass katastrophale Folgen des Klimawandels wahrscheinlich nicht mehr abwendbar sein werden, wenn ein weiteres Jahrzehnt verstreicht, ohne dass die Emissionen reduziert werden. [...]

Ich habe keine Zweifel - und auch Premierminister Tony Blair hatte sie nicht, als er mir dieses Amt anbot -, dass man es mit der Klimasicherheit ernst meinen muss, wenn man heute ein glaubwürdiger Außenminister sein will. Denn für die Außenpolitik geht es nicht allein darum, sich dann mit einer Krise zu befassen, wenn sie eingetreten ist. Wir sind unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, die nötigen Bedingungen für Sicherheit und Wohlstand in einer dicht besiedelten und von gegenseitigen Abhängigkeiten gekennzeichneten Welt zu schaffen. Ein instabiles Klima wird es uns viel schwerer - wenn nicht sogar unmöglich - machen, diese Verpflichtung zu erfüllen. Darum geht es. Die Außenpolitiker haben schon seit langem erkannt, dass die Stabilität von Nationen in nicht geringem Maße von der Sicherheit des Einzelnen abhängt. Wenn die Menschen den Belastungen von Überbevölkerung, knappen Ressourcen und schlechten Umweltbedingungen ausgesetzt werden, wenn sie spüren, wie ihre Sicherheit und die ihrer Familien zunehmend schwindet, dann werden wir erleben, wie Stabilität zur Instabilität wird. Was uns als Außenpolitiker beunruhigen muss, ist, dass diese Spannungen, um deren Beseitigung wir uns bemühen, durch ein instabiles Klima noch zusätzlich verschärft werden. Unsere Probleme haben bereits die Belastungsgrenze erreicht, und der Klimawandel könnte die Spannungen noch weit darüber hinaus erhöhen. [...]

Oder nehmen Sie Konflikte. Das Konzept, um begrenzte Ressourcen - Land, Süßwasser, Brennstoffe - Krieg zu führen, ist nicht neu. Aber durch die drastische Verringerung dieser Ressourcen in einigen der konfliktrträchtigsten Regionen der Welt schafft der Klimawandel eine neue, potenziell katastrophale Dynamik. Der Nahe Osten ist ein Beispiel par excellence. Fünf Prozent der Weltbevölkerung müssen sich bereits nur ein Prozent der Wasservorräte der Welt teilen. Durch den Klimawandel werden die Menschen mit noch weniger Wasser auskommen müssen. Aktuelle Klimamodelle besagen, dass - im globalen Maßstab - die Niederschläge am meisten in Saudi-Arabien, dem Iran und dem Irak zurückgehen werden. Ägypten, das für die regionale Stabilität eine Schlüsselrolle spielt, wird gleich doppelt betroffen sein. Eine drastische Abnahme des aus dem Süden kommenden Nilwassers und ein steigender Meeresspiegel an der Küste im Norden werden das Kerngebiet der Landwirtschaft im Delta zerstören. Ähnliche Muster findet man auch in anderen Regionen. [...]

Zusätzliche Belastungen durch den Klimawandel erhöhen die Gefahr, dass ohnehin schon schwache Staaten in Bürgerkrieg und Chaos versinken. Und jene Länder, die zurzeit nicht gefährdet sind, werden in die Gefahrenzone gestoßen. Kurz gesagt: Versagt unser Klimasystem, wird es noch mehr scheiternde Staaten geben. [...] Klimawandel ist also keine alternative Sicherheitsagenda, sondern ein Thema, das eine Erweiterung und eine Vertiefung unseres Verständnisses dessen erfordert, wie wir die vorliegende Agenda am besten verwirklichen können. [...]

Unsere Aufgabe ist keine geringere als die, die größte öffentlich-private Partnerschaft ins Leben zu rufen, die es je gegeben hat. Wir müssen Rahmenwerke schaffen, die sich gegenseitig ergänzen und verstärken, mit Anreizen und Strafen, gemeinsam genutzten Chancen und gemeinsam getragenen Lasten, um private Kapitalströme in Richtung CO2- armer Lösungen zu lenken. Und diese Rahmenwerke müssen auf allen Ebenen gleichzeitig geschaffen werden, auf nationaler, regionaler und globaler Ebene." [...]

Die vollständige Rede finden Sie auf der Webseite der Britischen Botschaft unter <http://www.britischebotschaft.de/de/news/items/061024.htm>

▲Top

### **'Navigating Peace'- Reihe startet mit Wasser, Konflikt und Kooperation**

Streitigkeiten um Wasser gibt es seit die Menschheit angefangen hat, sesshaft zu werden und Land zu kultivieren. Während Nutzungskonflikte innerhalb eines Staates häufig auftreten, gab es in mehreren tausend Jahren noch keinen zwischenstaatlichen Krieg um Wasserressourcen. Selbst wenn Konflikte über andere Streitfragen ausbrachen, so konnten internationale Wasserstreitigkeiten friedlich gelöst werden. Warnungen vor drohenden "Wasserkriegen" lenken die Aufmerksamkeit vielfach von den Vorteilen ab, die sich durch grenzüberschreitende Flussgebiete weltweit ergeben können. Durch ein Zusammentreffen der Anlieger zur gemeinsamen Bewirtschaftung vorhandener Wasserressourcen können Länder wechselseitig Vertrauen aufbauen und Konflikte verhindern. Um diese wenig bekannten Chancen einem größerem Publikum näher zu bringen, hat die Navigating Peace Initiative des Environmental Change and Security Program am Woodrow Wilson Center in Washington, D.C. eine Reihe von kurzen Politikpapieren herausgegeben. Diese fassen zusammen, wie Wasserressourcen zu einer besseren Kooperation zwischen Staaten beitragen können und welche Rolle sie bei innerstaatlichen Konflikten spielen. Zudem enthalten sie politische Empfehlungen, in welcher Weise die gemeinsame Wasserbewirtschaftung genutzt werden kann, um Konflikte abzuwenden und einen nachhaltigen Frieden zwischen Staaten zu unterstützen. Rechtzeitig zu der diesjährigen World Water Week im schwedischen Stockholm wurden die ersten zwei Papiere "Water Can Be a Pathway to Peace, Not War" und "The Challenges of Groundwater in Southern Africa" an Interessenvertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten verteilt. In naher Zukunft werden drei weitere Papiere über neue Dynamiken von Wasserkonflikten veröffentlicht, die sich mit Erfahrungen und Lehren vom Nil und Niger befassen.

Zusätzlich hat die Navigating Peace Initiative bereits im März 2006 "Water Stories" gelauncht - eine interaktive Website, die sich mit Kleinprojekten im Wasser- und Sanitärbereich befasst. In den letzten Jahrzehnten haben diese Projekte nur eine

begrenzte Wirksamkeit gezeigt. Die internationale Gemeinschaft unterstützt immer stärker diese Projekte, da sie gewährleisten, dass die lokale Bevölkerung miteinbezogen wird. Dennoch bleiben Forschung und Information rund um diesen Ansatz bislang begrenzt. Um diese Lücke zu füllen, werden auf der Webseite "Water Stories" Dokumente und Audio- bzw. Video-Präsentationen bereitgestellt, die gesammelte Erfahrungen und Bewertungen hinsichtlich der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure und lokaler Gemeinschaften im Wasser- und Sanitärbereich darstellen. Diese Dokumente werden zusätzlich in Kürze in einem Buch zusammengestellt und veröffentlicht. (*Meaghan Parker, Environmental Change and Security Program*)

Weitere Informationen zur Navigating Peace Reihe und zu "Water Stories" finden Sie unter: <http://www.wilsoncenter.org/water>

Policy Brief 1 und 2 können unter [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/NavigatingPeace\\_1.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/NavigatingPeace_1.pdf) und [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/NavigatingPeace\\_2.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/NavigatingPeace_2.pdf) abgerufen werden.

▲Top

### **Zunehmende Konflikte und Proteste in Lateinamerika**

In einer Reihe von lateinamerikanischen Staaten haben sich Proteste gegen Großinfrastrukturprojekte in den letzten Monaten intensiviert. Hauptleidtragende dieser Projekte - wie Staudämme, Straßenbau durch tropische Wälder oder Bergbau - sind von Armut betroffene lokale Gemeinschaften. Zudem verursachen diese Projekte zusammen mit illegalem Holzeinschlag und zunehmender Entwaldung oftmals negative Umweltauswirkungen, die durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verstärkt werden. Diese Entwicklung hat wachsende Armut sowie gravierende gesundheitliche Belastungen durch Krankheiten und Umweltverschmutzung zur Folge und stellt lokale Gemeinschaften vor große Herausforderungen.

Vor allem im Bergbausektor hat der internationale Anstieg der Metallpreise zu höheren Einnahmen der Industrie und neuen Investitionen geführt. Folge sind jedoch auch verstärkte Proteste der Minenarbeiter und lokalen Bevölkerung in einer Reihe lateinamerikanischer Länder, die sich in einigen Fällen auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen ausgeweitet haben. Wie die Organisation "Resource Center of the Americas" und Nachrichtenagenturen wie IPS (Inter Press Service) wiederholt berichteten, hat der Abbau von mineralischen Rohstoffen verheerende und irreversible Auswirkungen sowohl auf die Ökosysteme als auch auf die lokale Bevölkerung in ganz Lateinamerika. Die gefährlichen und unsicheren Arbeitsbedingungen sowie erhebliche Einkommensunterschiede haben beispielsweise zu Streiks und Protesten in der weltweit größten Kupferstätte in Chile und in der größten Goldmine Lateinamerikas in Peru geführt. Auch in Mexiko dauern Arbeitskonflikte zwischen Minenarbeitern und Regierung seit fünf Monaten an. Aktivisten und lokale Anwohner in weiteren Ländern Mittelamerikas haben angekündigt, eine Ausweitung des Bergbaus blockieren zu wollen. Sie geben an, dass die Bergbauindustrie die Rechte von Arbeitern und Anwohnern missachtet. In ähnlicher Weise kommt es im Río Telica Valley in Honduras zu Konflikten zwischen Umweltgruppen, lokalen Gemeinschaften und der Holzindustrie. In dieser Region werden Faktoren wie Nachhaltigkeit, negative Umweltauswirkungen (wie z.B. die Verknappung

von Wasserressourcen) und das Lebensumfeld der einheimischen Bevölkerung bei der Vergabe der Genehmigungen für Holzfirmen ignoriert, wie der gerade veröffentlichte Bericht "Up in Smoke? Latin America and the Caribbean" darlegt. (*Christiane Röttger*)

Weitere Informationen finden Sie bei dem "Resource Center of the Americas" unter <http://www.americas.org> oder bei IPS News unter <http://www.ipsnews.net/latin.asp>

Den Bericht "Up in Smoke? Latin America and the Caribbean" finden Sie unter [www.foe.co.uk/resource/reports/upinsmoke/latamerica.pdf](http://www.foe.co.uk/resource/reports/upinsmoke/latamerica.pdf)

▲Top

### **Gravierende Folgen illegalen Holzeinschlags: Zeit für einen Dialog**

Illegaler Holzeinschlag führt zu Verlusten von über 10 Milliarden Dollar weltweit. Alleine die Ausfälle an Staatseinnahmen werden auf ca. 5 Milliarden Dollar im Jahr beziffert. In der Folge werden nationale Bestrebungen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, soziales Gleichgewicht und Umweltschutz untergraben. Illegaler Holzeinschlag und -handel sowie die weit verbreitete Korruption sind Hauptursachen eines vielfältigen Scheiterns von Forstpolitiken, wie die Weltbank in ihrem Bericht "Strengthening Forest Law Enforcement and Governance - Addressing a Systemic Constraint to Sustainable Development" zeigt. Katherine Sierra, Vizepräsidentin für nachhaltige Entwicklung der Weltbank, betonte bei der Präsentation des Berichts: "With more than 90 percent of the 1.2 billion people living in extreme poverty dependent on forests for some part of their livelihoods, good forest sector governance is integral to the Bank's mission of poverty reduction, and a key component of the Bank's fight against corruption." Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wurde während des Jahrestreffens in Singapore mit dem "G8 Illegal Logging Dialogue" eine neue internationale Initiative vorgestellt, die diesen Trends entgegenwirken soll.

Der Dialog wird durch GLOBE (Global Legislators Organisation for a Balanced Environment) und die Alliance of Communicators for Sustainable Development (Com+) getragen und von der Weltbank, dem britischen Entwicklungsministerium (DFID) und einer Reihe von Unternehmen unterstützt. Er soll Regierungsvertreter der G8-Staaten, China, Indien und weiterer Schwellenländer mit Holzverarbeitenden Industrien wie Indonesien, Malaysia, Ghana, Kamerun, Gabun, Demokratische Republik Kongo, Brasilien und Peru zusammenführen. Ferner sollen Vertreter der Holzindustrie und der Zivilgesellschaft einbezogen werden. Ziel ist es, ein konkretes Maßnahmenpaket zu vereinbaren, um den illegalen Holzeinschlag einzudämmen. Durch dieses Programm sollen finanzielle Transparenz hergestellt und Unternehmen unterstützt werden, die sich einer nachhaltigen Produktionsweise verpflichtet haben. Auf diese Weise sollen Märkte für legales und nachhaltig verarbeitetes Holz in den EU und G8-Staaten entstehen. Bereits in den letzten Jahren hat sich die Frage illegalen Holzeinschlags von einem Tabuthema zu einem Bestandteil der öffentlichen Debatte über nachhaltige Waldbewirtschaftung entwickelt. Die Bemühungen zur Einschränkung des illegalen Holzeinschlags haben sich deutlich intensiviert, was sich u. a. auch an den FLEG (Forest Law Enforcement and Governance) Prozessen in Ostasien (2001), Afrika (2003), Europa und Nordasien (2005) ablesen lässt –bedeutende Fortschritte blieben bislang jedoch aus. (*Dennis Taenzler*)

Den Bericht der Weltbank finden Sie unter <http://www.worldbank.org/fleg>

Weitere Informationen zum Dialog finden Sie unter <http://www.globeinternational.org/logging-about.html>

Zusätzliche Informationen zum illegalen Holzeinschlag finden Sie unter [www.illegal-logging.info](http://www.illegal-logging.info) und auf der ECC-Plattform: [http://www.ecc-platform.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=374&Itemid=131](http://www.ecc-platform.org/index.php?option=com_content&task=view&id=374&Itemid=131)

▲Top

## KONFERENZBERICHTE

### Frieden braucht Unternehmen

Welchen Beitrag kann die Wirtschaftsförderung zu Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensbildung leisten? Welche Rolle spielen lokale Unternehmen in Konflikten und welche friedensfördernden Potenziale können unterstützt werden? Die gemeinsam vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), International Alert und dem britischen Department for International Development (DFID) organisierte Konferenz am 14. und 15. September in Berlin konzentrierte sich auf den Zusammenhang von Konflikt und Wirtschaft mit besonderem Bezug auf Perspektiven und Potentiale der Privatwirtschaftsförderung einerseits und der lokalen Wirtschaft in Konflikt- sowie Postkonfliktsituationen andererseits.

Beiträge internationaler Institutionen wie der Weltbank gingen auf die Erfahrungen ein, die mit der Wirtschaftsförderung in Konfliktländern gemacht wurden. Forschung und Politik haben sich bisher im Bereich Kriegsökonomien vornehmlich mit den Zusammenhängen zwischen Naturressourcenausbeutung, den Wirtschaftsinteressen staatlicher und nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen sowie den möglicherweise negativen Auswirkungen von Auslandsinvestitionen und Unternehmenspraktiken befasst. Die Debatte über 'Wirtschaft und Konflikte' hat zu wichtigen Entwicklungen in der internationalen Politik geführt wie z. B. der Entwicklung neuer Verhaltensnormen für geschäftliche Aktivitäten, der Beschränkung des Handels mit Konfliktrohstoffen und strengeren Geldwäschekontrollen für Korruptionserlöse.

Inzwischen wird zunehmend anerkannt, dass lokale und internationale Wirtschaftsakteure trotz häufiger Verwicklung in die Konfliktodynamik auch ein Interesse an der Friedenssicherung haben können. Die Konferenz hatte es sich deshalb unter anderem zum Ziel gesetzt, Fallstudien aus 20 Ländern, die von einem Konflikt betroffen sind oder einen Konflikt überwunden haben, besonders hinsichtlich der Friedens- und Konfliktperspektive der lokalen Wirtschaft zu prüfen.

Weiteres Ziel der Konferenz war das Erkunden von Möglichkeiten, die Privatwirtschaftsförderung so zu gestalten, dass sie nicht nur konfliktsensibel, im Sinne eines 'do-no-harm' Ansatzes funktioniert, sondern pro-aktiv Konfliktursachen bearbeitet und Friedensbildung fördert.

Durch den Erfahrungsaustausch zwischen Gebern und Entwicklungsorganisationen und den resultierenden Lernprozessen direkt nach einem Konflikt, bestehen reale Chancen für Veränderungen innerhalb der Politik und der Institutionen. Die internationale Unterstützung sollte daher zu Beginn des Friedensprozesses einsetzen und das erlangte Zeitfenster nach einer Friedensregelung sollte Schwerpunkt einer Zusammenarbeit bei vorrangigen Reformen in dem förderlichen Umfeld für Investitionen und Wiederaufbaumaßnahmen sein. (*Sabine Becker, GTZ*)

Eine ausführliche Konferenzberichterstattung finden Sie hier:

[http://www.businessenvironment.org/dyn/be/besearch.details?p\\_phase\\_id=108&p\\_lang=en&p\\_phase\\_type\\_id=6](http://www.businessenvironment.org/dyn/be/besearch.details?p_phase_id=108&p_lang=en&p_phase_type_id=6)

Ein Sammelband von International Alert mit über 20 Fallstudien zum Thema finden Sie unter [http://www.international-alert.org/our\\_work/themes/LBLP.php#download](http://www.international-alert.org/our_work/themes/LBLP.php#download)

Informationen der GTZ zum Themenfeld Konflikte und Wirtschaft finden Sie unter <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/krisenpraevention/3347.htm>

▲Top

### **Wassernutzung an großen Flussgebieten: Lösungen für Mensch und Natur**

Etwa 100 Millionen Menschen müssen sich das Wasser des gelben Flusses in China teilen und hierfür den besten Weg finden. Im Pangani-Flussgebiet in Tansania zeichnen sich Konflikte zwischen verschiedenen Wassernutzern wie kommerziellen und kleineren Landwirten sowie Viehzüchtern ab. Die Länder des Mekong-Flussgebiets verhandeln aktiv die Aufteilung der Wassermengen, wobei sie feststellen müssen, dass unterschiedliche Ansichten über den besten Weg zur Nutzung und Erhaltung dieser Wasserressourcen unter den Anliegern bestehen.

Um diese Probleme anzugehen, hat die World Conservation Union (IUCN) einen Workshop auf dem von der International Water Association (IWA) veranstalteten World Water Congress in Beijing veranstaltet. Zu den Rednern zählten Experten vom WWF China, vom World Bank Institute, der Mekong River Commission, der Nepal Academy of Science and Technology und von der Universität Melbourne. Der Workshop untersuchte komplexe und dynamische Prozesse der wichtigsten Flussregionen der Erde, einschließlich solcher in Ostasien.

"Wir müssen dringend eine gerechte Wasserverteilung im Mekongbecken gewährleisten. Höhere Ernährungssicherheit kann durch effektivere Land- und Wassernutzung sowie vermehrter Bewässerung erreicht werden. Eine entsprechende Entwicklung der Wasserkraft ist essentiell um dem steigenden Energiebedarf nachkommen zu können.", sagte Olivier Cogels, Vorsitzender der Mekong River Commission. Vor allem die Notwendigkeit, das Konzept des integrierten Flussgebietsmanagements (Integrated River Basin Management, IRBM) in China anzuwenden, wurde betont. "IRBM ist ein neues Konzept in China. Dennoch beginnen Interessenvertreter bereits von traditionellem Flussmanagement zu IRBM zu wechseln. Es ist unverzichtbar, dass die verschiedenen Interessengruppen eindeutig ihre Rolle und Verantwortung beim Management von IRBM-

Prozessen begreifen. Initiativen, wie das relativ neue Yangtze Forum, sind viel versprechend", so Li Lifeng, Leiter des WWF-Süßwasserprogramms in China.

Aufgezeigt wurden ferner weitere zentrale Herausforderungen - wie rasantes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, Verstädterung und Klimawandel - da diese maßgeblich die Qualität und Quantität des Wassers beeinflussen. "Armut, Umweltzerstörung und grenzüberschreitende Konflikte können nur durch eine gemeinsame Vision bewältigt werden. Entscheidend für die Umsetzung eines erfolgreichen IRBM sind Kapazitätsaufbau und die Stärkung von Institutionen, zu allererst jedoch muss der gegenseitige Respekt unter allen Beteiligten aufgebaut werden", sagte Jan Janssens vom World Bank Institute. "Das Ausmaß des Flusseinzugsgebiets ist entscheidend für das Management des gesamten Land- und Wassersystems. Wir müssen sicherstellen, dass jeder mit einem Recht, Risiko oder Verantwortung im Bereich Wasser bei den Verhandlungen vertreten ist", schlussfolgerte Ger Bergkamp, Leiter des Global Water Programme der IUCN. (*David Alix, Water Programme, IUCN*)

Den vollständigen Bericht zum Workshop finden Sie [hier](#)

Weitere Informationen zum IUCN Wasserprogramm finden Sie unter [www.iucn.org/water](http://www.iucn.org/water)

Die Website des Beijing World Water Congress, finden Sie [hier](#)

▲Top

### **Wie sicher ist die Zukunft? Gefahren selektiver Klimapolitik**

Obwohl Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein fast optimistisches Bild der Klimaschutzaktivitäten in Deutschland und Europa zeichnen, müssen sie sich doch verstärkt der Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an einen nicht mehr zu vermeidende Klimawandel stellen - so ein zentrales Ergebnis der Podiumsdiskussion "Wie sicher ist die Zukunft? Klimawandel und Risikovorsorge", die das Netzwerk des Stiftungskollegs für internationale Aufgaben e.V. im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe "Globale Zukunftsfragen" im September in Berlin organisierte. Rasante klimatische Veränderungen, wie sie die Klimawissenschaften gegenwärtig fast wöchentlich dokumentieren, zwingen ebenso zu dieser Auseinandersetzung, wie sozialwissenschaftliche Erkenntnisse darüber, dass Ansätze einer Vorsorgepolitik die Verstärkung sozialer Disparitäten zu vertiefen drohen. Globale Klimaveränderungen zeigen sich nicht nur auf Satellitenaufnahmen und in vergleichenden Klimastudien wie Professor Rahmstorf vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) erläuterte. Ein eindrückliches Anzeichen stellt auch die Zunahme außergewöhnlicher Wetterphänomene dar – Beispiel ist das verstärkte Auftreten von Hurrikanen in Regionen, die bislang von diesen Extremereignissen verschont geblieben sind. Überschwemmungen, Wüstenbildung und Gletscherschmelze sind weitere deutliche Warnsignale mit verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

Vor diesem Hintergrund konkretisierte die Umweltsoziologin Anita Engels, Professorin an der Universität Hamburg, am Beispiel des Senegals die Auswirkungen des Klimawandels auf unterentwickelte Länder. Anpassungspolitiken an globale Umweltveränderungen laufen demnach Gefahr, selektiv auf bestimmte - zumeist städtische - Regionen ausgerichtet zu werden. Volkswirtschaftlich weniger relevante Regionen drohen dagegen

übersehen zu werden, da die Bewohner innerhalb des entsprechenden politischen Systems oftmals nicht angemessen repräsentiert sind. Die zentrale Botschaft lautet daher: Die Politik muss die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen und eine ebenso hohe Lernfähigkeit beweisen, wie sie dies bei der Etablierung des Emissionshandels gezeigt hat - trotz aller Kinderkrankheiten die bislang bei der Anwendung dieses Instruments noch bestehen. (*Dennis Taenzler*)

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.stiftungskolleg.org>

▲Top

## VERANSTALTUNGSHINWEISE

### **"Ringvorlesung zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten" in Berlin (Oktober - Februar)**

Die Ringvorlesung "Entwicklungspolitik" hat dieses Semester den Schwerpunkt "Umwelt und Ressourcenkonflikte". Die Reihe wird von der Society for International Development, dem Seminar für ländliche Entwicklung der Humboldt Universität zu Berlin, dem Fachbereich Geographie der Freien Universität Berlin, und dem Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung an der TU Berlin durchgeführt.

Die aktuellen Termine finden Sie unter <http://www.sid-berlin.de/>

▲Top

### **"Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland " in Bonn (3.-5. November)**

Ein gemeinsamer Diskurs für die Arbeit an und in gesellschaftlichen Konflikten mit Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung ist in Deutschland bisher allenfalls in Ansätzen vorhanden. Die evangelische Akademie im Rheinland veranstaltet daher in Kooperation mit der Plattform Konfliktbearbeitung eine Tagung zu diesem Thema. Eingeladen sind alle Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ziel der Tagung ist der Austausch von Erfahrungen und die Entwicklung gemeinsamer Konzepte zur Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung im Inland.

Weitere Informationen finden Sie unter [http://www.ekir.de/akademie/14140\\_40738.asp](http://www.ekir.de/akademie/14140_40738.asp)

▲Top

### **"Die Rohstoffe Afrikas: Konflikt- und Entwicklungspotentiale" in Bonn (6. November)**

Viele der ressourcenreichen afrikanischen Länder sind gleichzeitig die sozial, politisch und wirtschaftlich schwächsten Staaten der Erde. Gewalttätige Konflikte und Menschenrechtsverletzungen stehen häufig in Zusammenhang mit der Ausbeutung von Bodenschätzen. Auf dem vom Bündnis "Entwicklung hilft" veranstalteten Symposium analysieren Expertinnen und Experten aus Afrika und Europa die Konfliktursachen in rohstoffreichen Regionen Afrikas. Anhand von Erfahrungen aus verschiedenen afrikanischen Ländern werden bereits vorhandene Problemlösungsstrategien diskutiert

sowie die Rolle der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in diesen Prozessen beleuchtet.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.entwicklung-hilft.de/symposium.html>

▲Top

### **"Transnationale Gerechtigkeit im Zeitalter der Ressourcenkonflikte" in Loccum (17.-19. November)**

Die Evangelische Akademie Loccum veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Stiftung "Soziale Gesellschaft - Nachhaltige Entwicklung" und der Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine Tagung zu Themen der globalen Gerechtigkeit und dem Schicksal der Biosphäre. Diskussionen befassen sich unter anderem mit der Frage, ob die Globalisierung ökologischer Krisen und die Konflikte um strategische Rohstoffe Triebkraft und Vorboten eines "Zeitalters der Ressourcenkriege" geworden sind.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.loccum.de/program/p0666.html>

▲Top

### **FOKUS**

Dieser Abschnitt dient als Plattform für Institutionen und Initiativen, um ihre Aktivitäten im Bereich Umwelt, Konflikt und Kooperation vorzustellen.

### **Peacebuilding & Development Institute**

Ziel des Peacebuilding & Development Institute (PDI) an der American University in Washington, D.C. ist es, Fachleuten und Wissenschaftlern die Gelegenheit zu innovativem Training, Forschung und Kompetenzaufbau in den Bereichen Entwicklung, Humanitärer Hilfe, Diplomatie und Konfliktlösung zu bieten. Darüber hinaus bekommen Studenten und Studentinnen die Chance, ihre akademischen Tätigkeiten praktisch zu ergänzen, indem sie Akteure aus den Bereichen Friedensförderung und Entwicklung zusammenführt. Das PDI besteht aus mehreren Bereichen: Trainings & Seminare, einem Sommerinstitut, einer Kinder- und Jugendabteilung sowie Foren zur Friedensförderung und internationalen Programmen. Diese Komponenten sollen Politik, Praxis und Theorie integrieren und auf diese Weise zur Entwicklung von neuen Ansätzen für konflikt sensible und transformative Friedenspraktiken beitragen. Ein aktuelles Beispiel ist das Übungs- und Trainingsprogramm im Bereich der Humanitären Hilfe. Dieses Programm beinhaltet eine Reihe von Seminaren, um Fachkräften der Humanitären Hilfe innovative Instrumente und Methoden nahe zu bringen, die sie in die Lage versetzen, effektive, effiziente und verantwortungsbewusste Hilfe leisten zu können.

Weitere Informationen und die aktuellen Seminare finden Sie unter

<http://www.american.edu/sis/peacebuilding>

▲Top

## IMPRESSUM/KONTAKT

### Impressum

Der Newsletter "Zivile Krisenprävention - Umwelt und Ressourcen" erscheint monatlich.

Sollten Sie kein weiteres Interesse an dem Bezug des Newsletters haben, können Sie den Newsletter unter folgendem Link abbestellen:

[http://www.krium.de/front\\_content.php?idcatart=86](http://www.krium.de/front_content.php?idcatart=86)

Neue Interessent(inn)en können sich unter folgender Adresse anmelden:

[http://www.krium.de/front\\_content.php?client=7&lang=7&idcat=59](http://www.krium.de/front_content.php?client=7&lang=7&idcat=59)

### Haftung:

Wir weisen darauf hin, dass die in diesem Newsletter enthaltenen Beiträge lediglich der Information dienen. Es wird keine Gewähr für Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Inhalte übernommen. Die Verantwortung wird auch für die Inhalte von Websites, die über Links von diesem Newsletter erreicht werden, ausgeschlossen.

▲Top

### Kontakt

Herausgeber:

Alexander Carius  
Adelphi Research gGmbH  
Caspar-Theyss-Strasse 14a  
D - 14193 Berlin

Phone +49-30-89 000 68 0  
Fax +49-30-89 000 68 10

[www.adelphi-research.de](http://www.adelphi-research.de)

Redaktion:

Kontakt: [editor@krium.de](mailto:editor@krium.de)

Dennis Tänzler, Moira Feil; Annika Kramer; Alexander Carius; Christiane Röttger;  
Judith Winterstein.

Dieser Newsletter wird durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

© Adelphi Research gGmbH und Germanwatch 2006

▲Top